

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 07./08.12.2021

Teilhaushalt 4000 (Anträge 77 und 78, Antrag 206, TOP 7)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen jetzt zum **Teilhaushalt 4000 Schulen und Sport** und ich darf Sie bitten, mich auf die **Seite 193** zu begleiten. Auf dieser Seite 193 sind einige Veränderungen über die Veränderungsliste vorgenommen worden. Zum einen wurde ein **Mehrertrag durch erhöhten Kopfbeitrag bei den Sachkostenbeiträgen Schulen** eingepreist. Dann ein **Zuschuss zur teilweisen Finanzierung der Personalkostenerstattung an das LMZ, für den Support des pädagogischen Netzwerks durch das Administrationsprogramm des Digitalpakts Schule** und auf **393 und 198** haben wir eine **Preisanpassung der Duschgebührenpauschale, Mehrertrag aus Schulraumüberlassung und Mehraufwand aus Sportförderung**.

Auf **Seite 193** ebenfalls ein **Mehrbedarf an Schülerbeförderung**, ebenfalls auf der Seite **Personalkostenerstattung an das LMZ für den Support**, das hatten wir eben schon, und dann noch mal auf derselben Seite die **Berufseinstiegsbegleitung an den allgemeinbildenden Schulen**. Da hat die Fortführung dazu geführt, dass wir hier die Position auch noch mal verändern mussten.

Antrag 77 (Seite 194): Gebühren an Fachschulen abschaffen (SPD, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Das ist der Antrag, den Sie auch schon aus dem letzten Haushalt kennen.

Stadträtin Uysal (SPD): Wir haben tatsächlich gemeinsam letztes Jahr im Haushalt Mehrheitliches gewagt, die Gebühren für die Fachschüler ab diesem Schuljahr zu halbieren, mit dem Ziel, in diesem Doppelhaushalt die Gebühren ganz zu erlassen. Nochmals vielen Dank an alle, die diesen Schritt gewagt haben und den Mut mit uns gefasst haben. Aufgrund der aktuellen Finanzlage soll der zweite Schritt der Schulgeldreduzierung für die Fachschulen, nämlich keine Erhebung der Schulgelder ab 2022, ausgesetzt werden. Das bedauern wir natürlich sehr. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie noch mal daran erinnern, dass gerade die Technik- und Meisterweiterbildung für unsere Region im wahrsten Sinne des Wortes wertvoll ist, wenn nicht gar essenziell. Mit der Weiterbildung an den Fachschulen ist es möglich, dringend benötigte Fachkräfte mit hoher Qualifikation nach Karlsruhe zu locken, von denen viele anschließend auch hier bei uns bleiben. Wir finden nach wie vor eine Reduzierung deshalb nicht zielführend, weil wir unseren Standard dadurch nicht attraktiv machen. Die Schülerinnen und Schüler werden trotzdem die kostenneutralen Angebote in unmittelbarer Nachbarschaft bevorzugen. Wir sollten auf keinen Fall wegen der Sparbemühungen künftige Meister und Techniker abschrecken, die dann an andere Standorte ausweichen werden. Wir sollten unseren Worten treu bleiben. Denn wir hatten im letzten Doppelhaushalt entschieden, dass wir ab 2022 die Schulgebühren erlassen werden. Deshalb plädiere ich heute noch einmal dafür, dass wir wieder ein klares Signal setzen für die Bildungsgerechtigkeit und auch für das Fachkräftesichern. Deshalb, bitte voten Sie für Ja.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Bei der Reduzierung der Gebühren für Fachschulen haben wir im

letzten Jahr gemeinsam schon einen signifikanten Erfolg für das Jahr 2021 erzielt, und so sind wir bereits heute auf einem relativ guten Stand - da muss ich der Kollegin Uysal ein bisschen widersprechen -, der für die Schüler*innen auch ein höheres Maß an Bildungsgerechtigkeit mit sich bringt. Wir haben mit diesem Beschluss letztes Jahr eine Angleichung insbesondere an die Städte im Land erreicht, sodass ich auch diesem Argument, dass es jetzt eine Abwanderung gibt, die stattfindet, nur zum Teil folgen kann. Wir möchten zumindest als GRÜNE-Fraktion an diesem gemeinsamen Teilerfolg festhalten, auch bei dieser angespannten Haushaltslage. Wir drehen das nicht zurück. Wir sind aber alle - haben wir am Anfang gehört - heute dazu gefordert, dann auch teilweise schmerzliche Kompromisse zu machen, auch wenn es um unsere Herzensthemen geht. Ich weiß, liebe Sibel, das ist ein Herzensthema für dich. Im Falle der Fachschulen halten wir es daher einfach für einen fairen Kompromiss, wie im Rahmen des 10-Punkte-Programms vorgeschlagen wurde, diese vorgesehene zweite Stufe der Schulgeldreduzierung angesichts der hohen Kosten jetzt nach hinten zu verschieben. Wir folgen daher der Stellungnahme der Stadtverwaltung und lehnen den Antrag heute leider ab.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Frau Uysal, Herr Bauer, ich glaube, bei dem Antrag der Verwaltung und dem Antrag der SPD gibt es kein Falsch und Richtig. Falsch ist sicherlich, dass wir vonseiten der Wirtschaftsförderung für unsere Betriebe einen großen Fehler machen. Wir nehmen denen das Geld weg, die die Betriebe morgen zu führen haben, sei es in der Meisterausbildung oder in der technischen Ausbildung eines Berufsbildes. Das ist sicherlich schmerzlich, und das ist sicherlich nicht der richtige Weg. Wir haben aber, und das ist auch richtig, Frau Uysal, was Sie sagten, einen hohen Konkurrenzdruck im Bereich dieser Schulen im Umland, Rheinland-Pfalz, aber natürlich auch im Landkreis Karlsruhe. Wenn heute eine Klasse nicht mehr stattfinden und der Kurs nicht mehr belegt werden kann, gibt es für die Schule natürlich auch weiterhin große Probleme. Das muss uns wichtig sein. Auf der anderen Seite haben wir natürlich die angespannte Haushaltslage. Deshalb stimmen wir in diesem Fall der Vorlage der Verwaltung zu, kündigen aber auch gleich an, weil wir uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht haben - und das, was ich letztes Jahr gesagt habe zu den Haushaltsberatungen, stimmt weiterhin -, dass wir sicherlich nächstes Jahr beziehungsweise dann spätestens Anfang 2023 eine Evaluierung brauchen, damit wir sehen, wie viele Schüler haben denn die Kurse belegt, wie stabil sind die Klassen mit den Schülerinnen und Schülern, sodass wir dann entscheiden können, ob wir in den Doppelhaushalt nächstes Jahr beziehungsweise über nächstes Jahr wieder die Gelder einstellen. Wie gesagt, das fordern wir heute bereits an für den Doppelhaushalt 2023/24.

Stadtrat Jooß (FDP): Dieser Antrag entspringt auch unserem Herzen, was Frau Uysal gesagt hat. Wir freuen uns, dass der Antrag von Ihnen gestellt wurde. Wir unterstützen den natürlich voll. Uns geht es um Gerechtigkeit, wie das der Kanzlerkandidat der SPD immer gesagt hat. Gerechtigkeit ist, dass berufliche Bildung und Uni gleichgestellt werden. Die jungen Leute bezahlen ihre Gebühren und zahlen auch Kursgebühren und so weiter. Die zahlen natürlich später auch Steuergelder. Ich denke, diese Gelder sind gut angelegt und kommen nachher wieder zurück. Wir stimmen deswegen dem Antrag gerne zu.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich erinnere mich noch an die entsprechende Sitzung im Schulbeirat. Damals hatte der Vertreter der Fachschulen gesagt, sie wären schon damit zufrieden, wenn sich die Gebühren nicht erhöhen würden. Wir sind sogar in die andere Richtung gegangen und haben sie halbiert. Wir haben auch schon gehört, die Konkurrenzfähigkeit zu anderen

Fachschulen in der näheren Umgebung ist gewährleistet. Deshalb sehen wir keinen Grund, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Nur weil die Fachschulen schon froh sind, wenn es nicht erhöht wird, heißt es noch lange nicht, dass das richtig ist. Wir sind der Meinung, Bildung in Deutschland, das Bildungssystem, ist nur dann gerecht, wenn es kostenfrei ist. Staatliches Bildungswesen muss zugänglich sein für alle. Wir wissen sehr wohl, dass gerade an den Fachschulen sehr viele Menschen über den zweiten Bildungsweg sich heranarbeiten an eine gute Ausbildung und an gute Einkommensmöglichkeiten. Die kommen uns dann wieder zugute als Stadt. Wir brauchen die Fachkräfte, wir brauchen die Einnahmen, und wir brauchen im Prinzip Menschen, die diese Gesellschaft mit antreiben. Das sind genau diese Personengruppen, die an den Fachschulen sich ein Zusatzwissen erwerben und damit Handwerk und Technik und all solche Berufe eben tatsächlich auch besetzen. Das ist extrem wichtig für uns, und von daher würde ich für beide Anträge stimmen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte einfach noch einmal daran erinnern, wie das vor einem Jahr war. Es gab im Grunde genommen eine Mehrheit zur gesamten Abschaffung schon ab diesem Jahr. Dann sind aber die Mehrheitsfraktionen in Absprache mit der CDU-Fraktion ihrem Petition gefolgt, dass wir praktisch einen Zwischenschritt machen sollen. Dem haben wir zugestimmt, dass für 2021 nur die Hälfte reduziert wird. Aber es war der ganz klare Wille der großen Mehrheit dieses Gemeinderates, auch hier im Saal, dass das dann abgeschafft wird. Von daher, Herr Oberbürgermeister, im Grunde genommen - jetzt sage ich es ein bisschen, ich muss jetzt aufpassen, also nicht so ganz böse - verstehe ich nicht, dass die Verwaltung an irgendwelchen Schreibtischen für sich entscheidet, es gibt zwar einen überwältigenden Beschluss des Gemeinderates, aber den setzen wir einfach nicht um. Mit der ganzen Macht ihrer Argumentationskette ist es natürlich sehr schwierig, das gebe ich zu, dem standzuhalten und sich dem einfach nicht zu beugen. Ich muss aber schon sagen, ich bin von der Verwaltung etwas enttäuscht, dass sie diesen Weg gegangen ist und ich verstehe es auch nicht. Gerade Sie, Frau Erste Bürgermeisterin, die auch Wirtschaftsbürgermeisterin sind, wissen doch, wie wichtig junge Meister sind, die wir hier in Karlsruhe brauchen an den Schulen. Dass Sie so etwas dann letztendlich auf den Weg gebracht haben, da muss ich schon sagen, völliges Unverständnis.

(Vereinzelter Beifall)

Der Vorsitzende: Zwei Ergänzungen vielleicht. Zum einen war es Teil des Zehn-Punkte-Programms. Es wäre Ihrerseits jederzeit möglich gewesen zu sagen, diesen einen Punkt akzeptieren wir nicht. Dann müssen Sie eine Mehrheit dafür finden, und dann hätten wir es auch nicht umgesetzt.

Zweiter Punkt, mir ist noch mal ganz wichtig, hier geht es nicht um Bildungsgerechtigkeit als Aufgabe der Kommune, sondern die Problematik an der Stelle ist, dass diese Abschlüsse und diese Kurse an den Fachschulen nicht als berufliche Bildung, sondern als Qualifizierung gelten und deswegen sie eben nicht, wie andere schulische Angebote, vom Land umsonst angeboten werden, und das ist ein Riesenproblem. Es gibt Bundesländer, die das auch komplett übernehmen. Aber es wäre an der Stelle eher eine Bundesländerfrage, die für Bildung zuständig ist in der Definition oder in einer Ausweitung an der Stelle dessen, was man unter Bildung versteht. Die Argumentation ist völlig richtig. Nur damit nicht der Eindruck entsteht,

die Stadt wollte hier Bildungsungerechtigkeit zulassen, wir übernehmen auch in anderen Bereichen nicht die Kosten für Bildung, sondern das macht im Wesentlichen das Land und wir stellen, wie bei den Schulen, nur die Gebäude zur Verfügung.

Mit derselben Argumentation übrigens müsste man auch fast alle Qualifizierungsangebote der Volkshochschule umsonst anbieten. Es ist dieselbe Argumentation, berufsergänzend oder berufserweiternd. Aber wir haben Ihnen ein Zehn-Punkte-Programm vorgeschlagen, da war das mit drin und da haben Sie nicht gesagt, das tragen wir nicht mit. Aber jetzt Schwamm drüber, jetzt gucken wir, wie wir mit dem Antrag umgehen oder wie Sie mit dem Antrag umgehen, und deswegen stellen wir den jetzt zur Abstimmung, und Sie entscheiden sich. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 78 (Seite194): Kostenloses Mittagessen für Grundschüler*innen an Ganztages-
schulen und Ganztagesgrundschulen (DIE LINKE.)**

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Die Kritik, die jetzt stattfinden wird, kann ich mir schon vorstellen, aber ich möchte einfach darauf aufmerksam machen, viele Kinder habengerade jetzt über Corona enorme Defizite entwickelt, Defizite im schulischen Bereich, was das Lernen angeht, Defizite im sozialen Verhalten, in psychischen Erkrankungen. Das Problem ist wirklich so, dass man über die Schule, insbesondere über die Ganztages-
schule, eine Menge auf-
fangen muss, was über diese zwei Jahre an Problemen zusätzlich entstanden ist. Ich möchte einfach gerne, dass Kinder dieses Mittagessen in der Ganztages-
schule als festen Bestandteil eines Lernalltags mitkriegen. Es wird soziales Verhalten unter anderem beim Mittagessen gelernt. Es findet eine Entspannung statt, es findet so vieles statt an so einem lockeren Mit-
tagstisch. Insbesondere Kinder aus, sagen wir mal, prekären Lebensverhältnissen, einkom-
mensschwachen Familien, aber auch viele andere Kinder, deren Eltern einfach ziemlich im Stress sind und gerade jetzt in dieser Zeit auch im Stress waren, hätten was davon, wenn wir etwas mehr Geld ausgeben würden. Ich bin der Meinung, dass man dann als Stadt versuchen muss, mit dem Land und mit dem Bund in Verhandlungen zu treten. Ich meine einfach, das Bildungs- und Teilhabepaket ist dafür eigentlich die falsche Form der Finanzierung. Da muss man dran, denn im Prinzip belastet man die Schulen, die Schulsozialarbeiter mit dem Ein-
werben dieser Mittel und das halte ich einfach für völlig daneben. Denn die Leute brauchen wir für die Kinder, für die Betreuung und für die Bildung und nicht zum Formulare ausfüllen helfen. Das ist, glaube ich, wirklich am Ziel vorbei. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unse-
rem Antrag.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Bei dem vorliegenden Antrag geht es jetzt nicht um Schulso-
zialarbeit oder irgendwelche anderen additiven Betreuungen von Kindern. Es geht um das Schulmittagessen und da wird der Antrag auf kostenlose Schulverpflegung damit begründet, dass auch Kinder von sozial benachteiligten Familien ein kostenloses Schulmittagessen ha-
ben. Kollegin Binder, ich kann Ihnen versichern, an den Ganztagsgrundschulen nehmen alle Kinder am Schulmittagessen teil. Das ist Teil des pädagogischen Konzepts, und alle Kinder, deren Familien entweder Transferleistungen bekommen oder die nachweislich das Essen nicht bezahlen können, sind natürlich davon befreit bzw. müssen 1 Euro für das Essen bezah-
len. Das wird auch so respektiert und geachtet, weil es auch ein Stück weit Wertschätzung für das Essen bedeutet. Insoweit ist dem Anliegen Rechnung getragen.

Es ist aber nicht sozial gerecht, dann zu sagen, für alle gibt es ein kostenloses Schulmittages-

sen, sondern diejenigen, die das bezahlen können, legen vor allem auch sehr viel Wert auf eine hohe Qualität, auf mehr Nachhaltigkeit beim Essen, auf Bioqualität und bezahlen dann lieber das Geld, als dass man praktisch das Essen grundsätzlich kostenfrei macht. Man muss das in dem Zusammenhang sehen, es wird da soziale Gerechtigkeit praktiziert, wo es notwendig ist, nämlich da, wo der Bedarf besteht. Aber bei den anderen müssen wir schauen, dass wir auch gewisse Einnahmen generieren können, denn wir brauchen auch das Geld, um die hohen Standards der Verpflegung zu finanzieren.

Insoweit können wir dem Antrag heute nicht zustimmen. Es ist sicher eine Perspektive langfristig, auch noch mal zu klären, was wir noch zusätzlich finanzieren können, aber im Augenblick der Haushaltslage wäre das das falsche Signal, vor allem auch, wenn es um die Frage der sozial benachteiligten Kinder geht, denn die sind beim Schulmittagessen jedenfalls nicht benachteiligt.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Alle Jahre wieder kommt nicht nur das Christuskind, sondern DIE LINKEN ziehen diesen Antrag für die Haushaltsberatung aus der Schublade, und jedes Mal darf ich dazu sprechen. Insofern ist die Diskussion heute nicht neu. Vielleicht sind die Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN neu und haben es noch nicht so ganz verinnerlicht, dass wir in diesem Bereich sehr viel machen, und dass es kein Kind in unserer Stadt gibt, das kein warmes Mittagessen bekommt, weil es sich die Eltern nicht leisten können. Das möchte ich noch mal ganz klar sagen. Auch Kollegin Rastätter hat es schon argumentiert, dass es viele Möglichkeiten gibt für die Kinder, dieses für sie wichtige warme Essen, gesunde Essen zu bekommen. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist angesprochen worden, da gibt es den Zuschuss ganz speziell auch für das Mittagessen. Der kann beantragt werden. Und es gibt noch weitere Möglichkeiten, über die Schulen, über den Förderverein, und es gibt vor allem private Initiativen. Das möchte ich einfach dieses Jahr auch noch mal sagen. Es gibt so tolle private Initiativen, die Gelder sammeln, Spenden sammeln, um Kindern, die sonst kein ordentliches Essen bekommen, das zu bezahlen. Ich möchte zum Beispiel die MP13 vom Stadtjugendausschuss ansprechen, die hier sehr vorbildlich sind in Zusammenarbeit mit den Jugendhäusern und Jugendtreffs, und ich möchte auch wieder sehr gerne den Karlsruher Kindertisch erwähnen, ein Verein, der seit vielen Jahren täglich über 500 Kindern ein Mittagessen finanziert.

Liebe Kollegin Binder, wenn Sie Kinder kennen, die kein Essen bekommen, dann sagen Sie das den Erzieherinnen und Erziehern oder den Lehrern. Sie können sich da wirklich ganz niederschwellig an diesen Verein wenden. Das bekommt dann drum herum auch keiner mit, und die Kinder kriegen dann wirklich auf ganz einfache Art ein tolles Essen finanziert. Auch für uns hat dieser Antrag jetzt nicht die Relevanz, wie es hier getan wird von den Antragstellern. Wir lehnen heute ab, wohlwissend, dass die Kinder bei uns in der Stadt sehr gut aufgehoben sind.

Stadträtin Moser (SPD): Ich muss nicht wiederholen, was schon meine zwei Kolleginnen Renate Rastätter und Bettina Meier-Augenstein vor mir gesagt haben, aber ich möchte infrage stellen, ob es denn tatsächlich sinnvoll ist, das Mittagessen für die Grundschulkinder komplett kostenfrei anzubieten. Aber das müssten wir an anderer Stelle diskutieren, deswegen können wir den Antrag leider in der jetzigen Situation nicht mitgehen.

Stadtrat Jooß (FDP): Es wurde wirklich schon viel gesagt. Ich darf aber erinnern an die CDU.

Ich habe das schon erlebt, Günther Rüssel wollte vor Jahren schon ein kostenloses Mittagessen für die Schüler, nur noch mal zur Erinnerung. Aber ansonsten wurden die Argumente ausführlich ausgetauscht. Renate Rastätter hat es völlig richtig gesagt. Wir wollen das nicht nur wegen der Haushaltslage ablehnen, sondern ich denke, es ist nicht unbedingt notwendig. Ich habe am Wochenende eine Fernsehsendung gesehen, Kinderhilfswerke. Da hat selbst Herr Habeck gesagt, was dort passiert, es geht uns so wahnsinnig gut. Ich habe mich gewundert, dass Herr Habeck das erwähnt hat. Ich fand es bemerkenswert, und es trifft auch für Karlsruhe zu. Es geht uns doch hervorragend gut, ich möchte es nur betonen.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **große Mehrheit gegen den Antrag**.

Antrag 206 (Seite 194): SG Rüppurr, Realisierung des ersten Bauabschnitts (CDU, FW|FÜR)

Stadtrat Hofmann (CDU): Es ist auch wieder ein Antrag, der eigentlich schon unserer Ansicht nach erledigt war, aber leider eben nicht weitergelaufen ist. Ich denke, die drei Vereine haben vor über fünf Jahren fusioniert zur SG Rüppurr. Wir sagen immer, wir wollen dort eine entsprechende Weiterentwicklung, gerade um auch dem Vereinssterben entgegenzuwirken. Die Schwierigkeiten, die es natürlich dort mit der Geländefindung gab, haben das Ganze verzögert. Aber die ganze Bereitschaft der Mitglieder dort wird auf eine harte Probe gestellt, und jetzt dieses Vorhaben wieder nicht in den Haushalt reinzunehmen, ist unserer Ansicht nach unverantwortlich. Das kann man leider Gottes nicht machen, nicht zu versuchen, diesen ersten Bauabschnitt, so, wie wir es damals auch beschlossen haben, zu realisieren. Ich muss der Kollegin Melchien Recht geben in ihrer Eingangsrede, eine reine Umschichtung ist immer relativ vage. Aber zum Zeitpunkt, als wir diesen Antrag eingebracht haben, hatten wir gewisse Informationen einfach noch nicht. Von daher können wir Ihnen heute schon einen Finanzierungsvorschlag vorlegen. Wir haben vorhin nämlich in der Veränderungsliste, die wir seit Freitagabend vorliegen haben, zwei Mal 1,6 Millionen beim Tiefbau Stuttgarter Straße einsparen können. Hier können wir natürlich hervorragend diese Mittel einsetzen, um diesen ersten Bauabschnitt zu realisieren, zumindest in diesem Doppelhaushalt zu realisieren. Ich denke, das ist auch das richtige Zeichen, das man nach Rüppurr senden muss, insbesondere auch, weil wir dann die städtebauliche Entwicklung bei der DJK Rüppurr endlich angehen können und auch die anderen Gelände entsprechend weiterentwickeln können, die uns zur Verfügung gestellt werden. Von daher kann ich nur sagen, wir sollten schnellstmöglich jetzt zeigen, dass wir unseren Worten Taten folgen lassen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Der ursprüngliche Vorschlag in diesem Antrag, der eine Umschichtung innerhalb des Sporthaushaltes vorsieht, würde dazu führen, dass sonst nichts weiter investiv dort gemacht werden könnte. Deswegen lehnen wir das auf jeden Fall vehement ab. Wenn die Verwaltung jetzt aufgrund des modifizierten Antrags sozusagen sagt, sie würde die Umschichtung durch einen anderen Teilhaushalt finden können und damit den Antrag de facto als erledigt erklärt, würden wir dem Ganzen nicht widersprechen. Wenn es jetzt aber darum geht, dass wir auch formal einfach investiv hier diese 1,8 Millionen mehr in die Hand nehmen müssen, das heißt, diesem Beschluss zustimmen, dann ist das tatsächlich an dieser Stelle jetzt nicht unsere Prioritätensetzung in diesem Doppelhaushalt, denn der liegt ganz klar auf den investiven Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung, und da fällt das Vorhaben jetzt an der Stelle nicht darunter.

Stadträtin Moser (SPD): Schon 2018 haben sich drei Sportvereine in Rüppurr entschieden, zu fusionieren. Wir waren da ganz begeistert davon, es ist fast, ja, bald vier Jahre her und wir haben im Mai in einem ersten Bauabschnitt 170.000 Euro für die Planung freigemacht, damit die Vereine ein Planungsbüro beauftragen können. Durch die Fusion macht vor allem der DJK Rüppurr wertvolle Flächen für die dringend benötigte Wohnbebauung frei. Für mich ist das quasi ein Win-win-Geschäft, für den Verein und für die Stadt, und leider wurde die Realisierung der beiden oben beschriebenen Plätze nicht in die Investitionsliste des Doppelhaushaltes 22/23 aufgenommen. Auch wir würden nicht dem Vorschlag der CDU mitgehen zu einer Umschichtung, denn dann würden andere Bereiche des Haushaltes, vor allem im Sportbereich, im investiven Haushalt belastet. Deswegen würden wir gerne auch von der Verwaltung wissen, ob der Vorschlag von Detlef Hofmann so möglich ist, dass man dann aus der Stuttgarter Straße die Gelder nehmen kann. Ich möchte hier an alle Fraktionen appellieren, die im Sportausschuss sich dazu bekannt haben, dass sie die Fusion und die Verlagerung sinnvoll finden, damit sie auch zustimmen und damit endlich für die drei Vereine und deren Mitgliederinnen/Mitglieder das getan werden kann, was schon lange versprochen wird, nämlich die Plätze anlegen.

Der Vorsitzende: Wir kommen nachher noch an der Stelle bei der Veränderungsliste dazu, wo wir Ihnen vorschlagen, die Ansätze für die Stuttgarter Straße zu reduzieren, und ich könnte mir vorstellen, dass wir dann dort versuchen, in irgendeiner Weise einen Beschluss zu fassen, der uns trotzdem eine gewisse Flexibilität gibt. Ich denke, das entscheidende Ziel muss sein, wenn die SG Rüppurr jetzt diese Planungen abgeschlossen hat und sich dann eine Realisierung schrittweise ergibt, dass wir dann auch die entsprechenden Mittel bereitgestellt kriegen. Ob das jetzt genau 2 Millionen in dem einen Jahr sind oder in dem anderen Jahr oder wie sich das verteilt, weiß ja keiner. Insofern gucken wir mal nachher an der entsprechenden Stelle.

Die Kollegin weist mich dann darauf hin, dass wir da irgendeinen Beschluss finden, der auf der einen Seite das politische Signal aufnimmt, dass wir das wollen, aber auf der anderen Seite jetzt nicht zu viele Mittel binden. Denn die müssten wir auf die aktuelle Veränderungsliste ja sozusagen wieder positiv draufpacken, und das wollten wir ja eigentlich vermeiden. Wir gucken nachher an der Stelle, und insofern würde ich das jetzt gar nicht abstimmen, sondern, wir nehmen das mit und diskutieren es dann bei der Stuttgarter Straße noch mal. Da würde ich Ihnen dann einen Vorschlag machen.

Dann rufe ich auf die Beschlussvorlage **Tagesordnungspunkt 7**, von der **Gemeinderatstagesordnung**. Da geht es um die Beschlussvorlage **Ludwig Guttman Schule, Investitionskostenzuschuss**. Das haben wir im Hauptausschuss vorberaten. Da gibt es, glaube ich, keinen Bedarf zur Diskussion. Dann können wir hier gleich in die Abstimmung einsteigen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Einstimmigkeit**, vielen Dank.